

Saibacher Zeitung.

Dr. Mühlfeld. Die beiden nothwendigsten Zwecke des Staates seien Sicherheit nach Außen und die Rechtssicherheit oder die Sicherheit nach Innen. Der letztere Zweck werde durch die Justiz verfolgt und sei sehr merkwürdig, daß eben die Justizbeamten gegen die politischen im Nachtheile sind. Saron deshalb sei es gerecht, daß man bei diesen mit der Verbesserung beginne. Ein anderer Gesichtspunkt, von dem er die Sache betrachte, sei die Rücksicht für die Zukunft. Vieles müsse geschehen sein, bevor die Reorganisation ins Leben getreten und man müsse es denjenigen Kräften möglich machen, sich dem Justizdienste zu widmen, dem sie gegenwärtig jede Privat-

anstellung vorziehen. Er müsse sich daher für den Auschußantrag aussprechen. Zum Schlusse bekämpft Redner den Antrag des Dr. Groß, weil durch dessen Antrag die Aufbesserung bei den niederen Gehaltskategorien nicht die Höhe erreichen wird, welche sie im Jahre 1862 durch Beschluß des Hauses hatte. Wenn der Ausschuß die Richter bei den Bezirksämtern ausschloß, so geschah es mit Rücksicht darauf, daß diese in ihren Bezügen den politischen Beamten gleich und daher schon deshalb besser gestellt sind, als die richterlichen.

Freih. v. Pöche. Er wolle nur dem von dem Vorredner aufgeführten Motiv entgegentreten, daß die Justiz allein die Sicherheit nach Innen bewirke. Die Wissenschaft hat es längst anerkannt, daß die Sicherheit des Staates auf zweierlei Weise präsentiv und repressiv bezweckt werde. Er wolle nicht aus diesem Grunde gegen den Auschußantrag sprechen, sondern würde sich nur veranlaßt fühlen, daraus die Nothwendigkeit der Erhöhung der Besoldung auch anderer Beamtenkategorien zu befürworten. Er enthalte sich jeder Antragstellung, weil er sich gegenwärtig halte, daß eben das Budget des Justizministeriums Gegenstand der Verhandlung sei und begnüge sich mit dieser thatsächlichen Berichtigung.

Minister Dr. Hein. Aus der Debatte hätten zwei Vorwürfe herausgeklungen, welche ihn bewegen, das Wort zu ergreifen. Auf dem ersten, daß die versprochene Gerichtsorganisation dem Hause noch immer nicht vorgelegt sei, könne er nur erwidern, daß die diesfälligen Anträge, welche von ihm auszugehen hätten, bereits vollendet seien und auch den Staatsrath bereits passiert hätten. Es sei ihm aber nicht möglich die Hindernisse anzuführen, welche bisher der Vorlage im Wege standen, er könne jedoch versichern, daß er schon in nächster Zeit ermächtigt sein werde, die bezüglichen Vorlagen in das Haus zu bringen. Der zweite Vorwurf, daß das Justizministerium in der in Verhandlung begriffenen Angelegenheit nicht die Initiative ergriffen habe, treffe dasselbe mit Unrecht, denn es habe einen solchen Antrag nur deshalb nicht eingebracht, weil es sich durch frühere Beschlüsse des Hauses gebunden fühlte. Das Haus habe in der vorigen Session ausgesprochen, daß bei der Organisation der Behörden den Richtern Aufbesserung gewährt werden solle. Das Ministerium mußte sich deshalb bescheiden, bis dahin zu warten. Der Beschluß des Hauses im vorigen Jahre habe auch gezeigt, daß das Haus nicht geneigt sei, in große Aufbesserungen einzugehen. Damals wurde hauptsächlich darauf Rücksicht genommen, daß das Haus nicht in der Lage sei, die Finanzen weiter zu belasten, und deshalb die Dotirung dieser Zulage dem Fonde des Justizministeriums entnommen werden müsse. Das Justizministerium hat aber nicht die Möglichkeit gesehen, weitere Ersparungen zu erzielen, vielmehr die Ueberzeugung gewonnen, daß es mit der bisherigen Dotation nicht ausreichen werde. Deshalb konnte es auch nicht einen derartigen Antrag einbringen, weil es erwarten mußte, mit demselben von dem Hause zurückgewiesen zu werden. Aber selbst wenn das Ministerium in der Lage gewesen wäre, einen solchen Antrag einzubringen, so hätte es dies mittelst eines Spezialgesetzes thun müssen. Die Nothwendigkeit eines solchen ergebe sich daraus, wenn das Haus in Erwägung zieht, in welcher Form die Beschlüsse dieses Hauses dem anderen Hause und der Allerhöchsten Sanction vorgelegt werden. Der Auschußantrag, wie er vorliegt, würde im Justizministerium bei der Anwendung bedeutende Zweifel erregen, weshalb er entschieden müsse, denselben an den Ausschuß zurückzuweisen.

Zuerst sei in demselben nur von „den Richtern am ausübenden Beamten“ die Rede und doch sollten nach der Erklärung des Berichterstatters auch die Staatsanwaltschaften an der Erhöhung partizipiren, welche doch kein Richteramt ausüben.

Ein fernerer Zweifel ergebe sich durch die Frage, ob die disponiblen Beamten, deren Zahl durch die jüngsten Vorgänge in den Ländern jenseits der Leitha nicht gering ist, auch Antheil an der Erhöhung ihrer Bezüge haben sollen oder nicht. Eine Anzahl derselben sei aushilfsweise bei verschiedenen Gerichten beschäftigt, andere befänden sich in geringeren Pösten als sie früher hatten, wenn diese miteinbezogen würden, reiche die Ziffer nicht hin.

Aber auch bei aktiven Beamten ergebe sich mancher Zweifel. Es gäbe Beamte, welche in dem Jahre 1854 bei der Organisation der Gerichte aus höheren Kategorien in geringere zurückversetzt wurden, aber das Plus ihrer Bezüge als Personalzulage behielten. Soll nun ihre Gehaltszulage nach den Bezügen des Pöstens, den sie jetzt inne haben, berechnet werden, oder soll ihre Personalzulage miteinbezogen werden? Diese Fragen seien aus dem Wortlaute des Auschußantrages schwer zu lösen.

Nach dem Auschußantrage sollen die Richter bei den Bezirksämtern übergegangen werden, weil sie nicht auf dem Etat des Justizministeriums stehen. Diese

hätten aber deshalb nicht aufgehört, Richter zu sein. Bei ihrer Entlassung habe das Justizministerium mitzusprechen, sie seien also Justizbeamte. Die Gründe, welche der Ausschluß für die Erhöhung überhaupt angeführt habe, sprechen ebenso gut und noch mehr für diese Richter, welche ganz allein ohne kollegiale Berathung oft über die wichtigsten Dinge zu entscheiden haben. Die Regierung werde sich auch kaum in der Lage finden, einem Antrage ihre Zustimmung zu geben, welcher diese Beamten auf nicht ganz gerechte Weise ausscheiden wolle. Er wünsche daher, daß dem Auschußantrage eine andere Form gegeben werde, und daß auch in den Prozentualsätzen Veränderungen vorgenommen werden. Eine solche Gehaltserhöhung sei übrigens auch präjudizirend für die künftige Organisation und die Perzente seien so bemessen, daß es ihm schwer sein werde, dieselben später einzuhalten. Auch der Antrag des Abg. Groß könne diesen Uebelständen nicht abhelfen. Er habe sich in seinen Auseinandersetzungen nur an das Thatsächliche gehalten. Man werde ihn wohl nicht für einen laudator temporis acti halten, wenn er gegen den Auschußantrag spreche, und der Richterstand könne überzeugt sein, daß das Wohl desselben ihm stets am Herzen liege. Er hätte geglaubt, daß dem Nothstande auf andere Weise abzuhelfen sei. Die Lage und die Verhältnisse der Einzelnen seien verschieden, einer sei ledig, der andere verheiratet, Mancher habe Privatvermögen und brauche die Zulage nicht, während einem Andern selbst mit dieser nicht geholfen ist. Die bittere Stunde der Noth sei diejenige, welche den Richter zum Mißbrauch seiner Stellung führen könne, und diesem Uebel werde durch eine Zulage nicht abgeholfen. Für solche Momente habe das Justizministerium den Aushilfsfond, und wenn das Haus für die Verbesserung der Lage der Justizbeamten etwas thun will, hätte es diesen Fond reicher dotiren sollen.

Herbst sucht nachzuweisen, daß der Antrag Groß, obwohl von einem wichtigen Prinzip ausgehend, doch Schwierigkeiten biete, welche es rathlich erscheinen lassen, ihn dem Ausschusse zur abermaligen Berathung zuzuwiesen.

Berichterst. Hofrath Tschabuschnigg vertheidigt den Auschußantrag gegen die von einzelnen Rednern, insbesondere aber vom Justizminister erhobenen Bedenken und spricht hierbei unter Anderem gegen die sogenannten Aushilfs- und Unterstützungsfonds, welche den Beamten, der eine Betheiligung erlangen will, zwingen, sein Glend cynisch zur Scham zu tragen und welche Servilismus und gekrümmte Rücken erzeugen.

Minister v. Lasser. Hätte man sich darauf beschränkt, zu sagen, es gehe den politischen Beamten eben so schlecht wie den Justizbeamten, so würde er sich nicht zu einer Regation veranlaßt gesehen haben; da aber hervorgehoben wurde, daß es den Beamten der politischen Verwaltung im Vergleich mit den Justizbeamten so gut gebe, so müsse er auch die Rebrseite der Frage beleuchten. Redner geht nun in eine Analyse der Thätigkeit der richterlichen Beamten und jener bei den gemischten Bezirksämtern ein und vergleicht die Gehaltsstufen und die Anwesenheitsverhältnisse bei den Gerichten mit den analogen Instanzen der politischen Verwaltung. Diese Vergleichung, unterstützt durch den Hinweis auf die für Beamte auf dem flachen Lande so ungemein erschwerte und vertheuerte Erziehung der Kinder führt ihn zu der Bemerkung, daß die Beamten bei den gemischten Bezirksämtern nicht schlechter gestellt werden sollen, als jene bei reinen Justizbehörden. Die größte Misere des Beamtenstandes sei aber noch immer nicht unter den Konzeptsbeamten, vielmehr unter den 2620 mit 350 fl. bis 400 fl. besoldeten Manipulationsbeamten der gemischten Bezirksämter. Auch diesen sollte man eigentlich helfen. Aber das würde wieder einige Hunderttausende kosten. Haben die Finanzen die Mittel dazu? Die Kalamität, unter welcher der Beamtenstand leidet, liege nicht bloß in den geringen Gehältern, vielmehr und insbesondere auch darin, daß das Anwesenheit seit Jahren gesperrt ist und daß noch der Druck der Ungewißheit der Zukunft auf den Beamten lastet. Er stelle die Bitte, sich die Sache in zwei Richtungen nochmal zu überlegen, in der Richtung der Gleichstellung und in der Richtung der Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse.

Finanzminister v. Plener betont die Lage der Staatsfinanzen, welche die äußerste Schonung erfordern. Wenn der Finanzausschuß des Hauses sich so überaus sparsam zeigte, daß er Auslagen von einigen Hundert Gulden zum Gegenstande von Abstrichen machte, so lasse sich hiermit der nun vorliegende Antrag wohl nicht in Einklang bringen. Mit aller Achtung vor dem Richterstande muß er doch sagen, die Pflicht der gleichvertheilenden Gerechtigkeit gebiete, auf weitere Kreise zu sehen. Wie sein Vorredner die Verhältnisse der politischen Dienste, so schildert Redner seinerseits auch die Wichtigkeit, Verantwortlichkeit, Verantwortlichkeit des Finanzdienstes und zieht daraus und aus einer vergleichenden Sta-

tistik der Gehaltsstufen die Folgerung, es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, sich auch der Finanzbeamten anzunehmen, wenn man gegen die Justizbeamten großmüthig sein will, zumal namentlich bei den nicht zur Konzeptsbranche gehörigen Beamten des Finanzdienstes das eigentliche „Beamten-Proletariat“ vorhanden sei. Gegen den Auschußantrag sprechen Gründe finanzieller Natur, aber auch Rücksichten der Gerechtigkeit, indem es für alle übrigen Beamten in der That deprimirend wäre, wenn ihre Lage nicht die gleiche Würdigung fände, wie jene der Justizbeamten.

Berichterstatter bekämpft ziemlich erregt die Ansichten der Vorredner und wird dessen Aeußerung, daß die Justizverwaltung, wenn man die Verbesserung der Gehalte verzögere, gänzlich demoralisirt würde, vom Präsidenten unter Beifall des Hauses gerügt, da diese Aeußerung eine Beleidigung des Richterstandes enthalte. — Auch eine gegen die Ministerbank gerichtete Bemerkung, daß man mit der Zurückverweisung an den Ausschluß eine „Vercilung“ des Antrages bezwecke, wird vom Präsidenten über Anregung des Justizministers Dr. Hein getadelt.

Der Antrag Herbst (Zurückverweisung an den Ausschluß) wird schließlich angenommen.

Durch Annahme dieses Antrages ist die Verhandlung über das Justizbudget unterbrochen.

Die Sitzung wird um 2½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien. Sr. Majestät hat dem Comité zur Gründung eines Invaliden-Versorgungshauses für das innere Salzkammergut zu Ischl einen Beitrag von 300 fl. zu diesem Zwecke, der Gemeinde Ischl ebenfalls einen Beitrag von 300 fl. zur Erbauung eines Armenhauses, endlich der Verwaltung des Krankenhauses zu Ischl einen Unterstützungsbeitrag von 100 fl. für dasselbe zustellen lassen. — Erzherzog Franz Karl hat zur Erbauung eines Invaliden-Versorgungshauses für das innere Salzkammergut dem Gründungs-Comité einen Beitrag von 100 fl. gespendet.

Die Verheerungen, welche die Rinderpest in Oesterreich seit Jahren in höchst empfindlicher Weise anrichtet, werden von dem Herrn Wirtschaftsath Hofmann in der „Allgemeinen Land- und Forstw. Ztg.“ eingehend besprochen. Statistische Erhebungen verfolgend, gelangt er zu dem Schlusse,

„daß in keiner einzigen Provinz Oesterreichs die Rinderpest zur selbstständigen Entwicklung gelange — daß sie nachweislich immer aus dem südöstlichen Rußland und durch die südlichen Nachbarländer eingeschleppt werde — und daß der Herd ihrer Entwicklung nur allein in den russischen Steppenländern liege, wo neben den günstigen Verhältnissen für den Vertrieb der Rindviehzucht zugleich auch alle Verhältnisse für die Entwicklung der Pest im höchsten Maße vorhanden seien.“

Mit dem in Galizien an der russischen Grenze fortwährend vor sich gehenden Einkauf russischen Hornviehes nehme man auch Jahr um Jahr die Gefahr mit in den Kauf, die Rinderpest auf unseren eigenen Viehstand zu übertragen und unter unglücklichen Verhältnissen im ganzen Reiche immer wieder zu verbreiten. Durch die Invasion derselben habe Oesterreich beinahe in dem Zeitraum der letzten 14½ Jahre jährlich 20.534 Stück Hornvieh eingebüßt, was an Geld, den Zentner zu 15 fl. berechnet, einem Verluste von 1,232,040 fl. gleichkomme.

Erwäge man nun außerdem noch die enormen Nachteile, welche sich aus solchen Verlusten für den Landwirth, den Viehbesitzer, die Staatsfinanzen ergeben, bringe man in Anschlag, daß für das in Rußland nicht nur nutzlos, sondern auch mit höchst verderblichen Wirkungen für den einheimischen Viehstand angekaufte Vieh jährlich ein Betrag von 627,120 fl. außer Lande geht; würdige man den Umstand, daß Oesterreich das aus dem Auslande bezogene Fleisch gar nicht bedürfe, so gelangt Herr Hoffmann zu der Mahnung, von der Einfuhr des russischen Fleisches gänzlich abzulassen und unsere Grenzen nach allen Richtungen hin, wo direkt oder im Durchtriebe eines Nachbarlandes Thiere aus Rußland durch Schmuggel eingebracht werden könnten, gegen den Eintrieb der Fleischthiere sofort zu sperren.

Der Artikel schließt mit folgendem Antrage:

„Es wolle hohen Orts, in Berücksichtigung der angeführten, auf Thatsachen gegründeten Aufzeichnungen über die nachtheiligen Folgen der Einfuhr des russischen Viehes, der Beschluß gefaßt und durchgeführt werden, die Einfuhr der russischen Fleischthiere dauernd einzustellen, um dadurch die lähmenden Einflüsse zu beseitigen, welche die Fleischproduktion und den Fortschritt in dem Betriebe der Viehzucht und der Landwirtschaft Oesterreichs hemmen und das Vermögen des Staates mit jedem Jahre um mehr als 2 Millionen Gulden schmälern.“

Wien, 4. November. Im Hotel zum „weißen Roß“ fand heute eine Versammlung von etwa siebzig der hervorragendsten österreichischen Industriellen Statt, die ungefähr drei Stunden dauerte. Den Gegenstand der Verhandlung bildete die Zollvereinfrage. Im Laufe der langen Debatte, die von dem Direktor der süd-norddeutschen Eisenbahn, Dr. Groß, mit vieler Umsicht geleitet wurde, machten sich drei Standpunkte geltend. Eine kleine Minorität meinte, man solle ausschließlich österreichische Handelspolitik treiben und, von aller deutschen und sonstigen Politik absehend, nur die Zustände der heimischen Industrie ins Auge fassen. Etwas mehr Stimmen erwarb sich die Ansicht, man müsse nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft ins Auge fassen und unerschrocken in den Zollverein eintreten; die Konkurrenzfähigkeit Oesterreichs werde sich bald herausstellen, die Bedingungen mögen noch so weit gehen; die dritte Anschauung endlich ging dahin, man solle dem Zollverein sich anschließen, aber unter bestimmten Bedingungen, wobei Enquêtes zur Revision der Tarife und Uebergangsstadien einzutreten hätten. Diese letztere Anschauung hatte die große Majorität der Versammlung für sich. Alle Parteien waren jedoch einig in der Verwerfung des preussisch-französischen Handelsvertrages. Zum Verfechter der zweitgenannten Ansicht machte sich Herr v. Pachter, der Präsident des Vereins der österreichischen Industriellen, für die dritte sprach Dr. Stamm, Skene, der anfangs zur ersten neigte, Regenhardt, Müller-Melchior u. s. w. Schließlich wurde folgender Antrag des letztgenannten Herrn einstimmig angenommen, dessen Sinn ungefähr dahin geht: Die Industriellen wenden sich mit einer Petition an beide Häuser des Reichsrathes, dieser möge die Regierung veranlassen, bevor sie eine diesbezügliche Vorlage zur verfassungsmäßigen Verhandlung einbringt, Enquêtes zu bilden, welche die Grundzüge eines neuen Vertrags mit dem Zollverein berathen sollen, wobei die Verwerfung des preussisch-französischen Handelsvertrages, die Revision einzelner Tarifposten und die Feststellung eines Uebergangsstadiums die Bedingungen zu bilden hätten. Die Verathung, die nach 5 Uhr Abends begonnen hatte, dauerte bis gegen 9 Uhr.

Agram, 1. November. Dem „Magyar Sajto“ wird wahrlich Niemand eine sanguinische Vorliebe für die Gesamtstaats-Verfassung, eine einseitig centralistische Darstellung der Tagesfragen vorwerfen oder auch nur reine Objektivität zuschreiben können; dieses Blatt zeichnete vielmehr sich stets durch eine besondere Schönmalerei zu Gunsten der ungarischen Achtundvierziger-Partei aus. Um so auffällender muß in demselben die nackte Prophezeiung erscheinen, daß Kroaten und Slawonen den Reichsrath beschicken werden; es läßt sich nämlich über die Parteiverhältnisse im dreieinigem Königreiche schreiben:

„Wenn die Zeichen nicht trügen, wird in Kroatien und Slawonien, nach dem zu urtheilen, was hier in neueren Zeiten vorgeht, vielleicht eher als man es denkt, daselbe geschehen, was vor Kurzem in Siebenbürgen geschah. Man erwartet die Einberufung des Landtages, welcher sofort die Reichsrathsmitglieder wählen soll. Zwar würde, nach der öffentlichen Meinung dieser Provinzen zu schließen, kein Landtag — auch wenn ein vom 48er und 61er abweichender Wahlmodus oktroyirt würde — ein solches Resultat zur Folge haben, wie der siebenbürgische Landtag; indeß, wie die Dinge sich bei uns gestalten, kann man doch eine Analogie annehmen, denn wie dort die Nationalitäten, so stehen hier die Parteien einander harr gegenüber. Abgesehen von den theils offen, theils verdeckt wirkenden Konservativen, die mit was immer für einer Regierung nur rückwärts gehen, ist die Partei der eigentlichen Liberalen zerklüftet. Die eine ist unter dem Namen der „magyarenfeindlichen“, der „rein föderalistischen“ oder „Pozor-Partei“, die andere als ungarisch gesinnte oder als „Unionspartei“ bekannt. Die letztere übte, wie bekannt, durch ihren am 13. Juli vor sich gegangenen Austritt en masse aus dem 1861er Landtag auf die erstere eine Prestige- und was nicht in Abrede gestellt werden konnte, und von der Regierung auch getadelt wurde.“

Indeß war damals noch die Pozor-Partei gegen die Unionspartei empört, verdächtigte sie auf alle Art, und beschuldigte sie namentlich deshalb des Verrathes am Vaterlande, weil sie einen „eblichen“ Verband mit Ungarn wünschte, und die Lösung des Verbandes mit diesem Lande seit 1848 zwar als faktisch, aber nicht als legal geschehen bezeichnete. Seit jener Zeit, es sind bereits zwei Jahre, haben sehr Viele sowohl die eine als auch die andere Partei verlassen und sind zur Regierung übergegangen, und da hat — nebenbei und aufrichtig gesagt — die Unionspartei keinen Grund, zu erröthen. Daß es Mehrere gab, die sowohl den Parteigenossen als auch dem Lande gegenüber eine falsche Rolle spielten, das kann man seit ungefähr einem Jahre im Pozor zur Genüge lesen. Das mag unter anderm einer der

Hauptgründe sein, weshalb die Unionspartei sich von der Öffentlichkeit beinahe ganz zurückgezogen hat und das Feld denjenigen überläßt, die sowohl während des erwähnten Landtages als auch später Patriotismus und Liberalismus für sich allein in Anspruch nahmen. So gehen denn die beiden Parteien, deren Eintracht jetzt nöthiger wäre denn je, zwei verschiedene Wege, ohne jemals zusammenzutreffen. Die dritte Partei, welche unter allen Umständen mit der Regierung hält, reißt sich vergnügt die Hände, wohl wissend, daß sie unter solchen Umständen kaum den Erfolg verfehlen werde.“

Ausland.

Berlin, 1. November. Unsere hault finance ist durch alarmirende Briefe aus Paris und London in eine unbehagliche Stimmung versetzt. In Paris werden finanzielle Arrangements getroffen, die eine Kriegsleihe sehr wahrscheinlich machen, und aus London wird die drastische Nachricht gemeldet, daß das Haus Rothschild seine Fonds aus der preussischen Bank zurückziehen will. Offenbar zieht die Baisse-Spekulation weite Kreise in der Konjunktural-Politik, um eine Basis für ihre Nachrichten zu finden, aber es ist nicht zu läugnen, daß in hiesigen kommerziellen und industriellen Kreisen vielfach an einen Krieg zwischen den Westmächten und Oesterreich einerseits, und Preußen und Rußland andererseits geglaubt wird. (?) Preußen würde den ersten Stoß zu erleiden haben, und bei dem trostlosen inneren Zustande, so rechnet man, würde der Angriff von zwei Seiten zugleich eine wahre Katastrophe für das Land sein. In unseren Finanzkreisen, und namentlich in jenen, wo man von der Spekulation ausgeht, daß nach Neujaahr ein bedeutendes Fallen aller Staats- und Industriepapiere erfolgen muß, findet man es begreiflich, daß der Kredit Preußens ruiniert wäre, wenn der König der Banquiers sich von uns zurückzieht.

Kassel, 1. November. Der gestern um 6 Uhr Abends eröffneten Ständesitzung theilte nach Erledigung mehrerer unwichtiger Gegenstände der Präsident mit, daß unerwarteter Weise noch keine Erklärung des Ministeriums auf den Landtagsabschied erfolgt sei, weshalb er die Sitzung schließen und erst um 8 Uhr wieder eröffnen werde. Um 8 Uhr trat die Ständekammer wirklich zum dritten Male zusammen; sie harrete vergeblich bis 9 Uhr auf die Erklärung des Ministeriums bezüglich des vorgelegten Landtagsabschieds. Die Versammlung ging daher auseinander. Kurz vor 11 Uhr ward dieselbe eiligst zusammengerufen, und von Seite des Landtagskommissärs die Genehmigung des Landtagsabschieds vorbehaltlich zu machender Abänderungen ausgesprochen. Bis sämtliche Abgeordnete unterzeichnet hatten, war es halb 1 Uhr geworden. Darauf schloß der Landtagskommissär den Landtag. Der Präsident brachte dem Vaterland und der Verfassung ein Hoch, das drei Mal stürmisch von den Landständen und den dicht erfüllten Tribünen wiederholt wurde.

Tagesbericht.

Laibach, 6. November.

In der gestrigen allgemeinen Versammlung des „Laibacher Turnvereins“ wurde die Geschäftsordnung für den Turnrath vorgelegt und einstimmig angenommen. Ferner wurde über die Feuerwehr-Angelegenheit berathen, und wurden die vom Turnrath gemachten Vorschläge allgemein gebilligt.

Oestern hielt der „Južni Sokol“ ebenfalls eine Versammlung, in welcher über die Feuerwehr debattirt und Beschlüsse gefaßt wurden. Es sind bereits 30 Mitglieder für die freiwillige Feuerwehr eingeschrieben.

Der Gemeinderath in Klagenfurt hat am letzten Dinstag beschlossen, dem k. k. Landes-Ausschusse auf seine Anfrage mitzutheilen, daß die Stadtgemeinde Klagenfurt gewillt sei, einen Beitrag von 20.000 fl. in drei Jahresraten zahlbar, zu dem Neubau eines Theaters am Benediktinerplatz zu leisten, und daran die einzige Bedingung knüpfte, daß sie mit dem Bauplane einverstanden sei.

Vorgestern Nachmittag nach 4 Uhr entlud sich in demjenigen Theile des alten Arsenal in Trieste, welcher der Artillerie als Laboratorium dient, eine Granate dadurch, daß der im Zünder enthaltene Satz sich beim Herausnehmen entzündete. Die drei mit der Granate beschäftigten Artilleristen wurden von den Stücken der zerspringenden Kugel derart getroffen, daß einer sogleich todt blieb, der zweite während des Herausstragens starb und der dritte noch gestern Abends gestorben ist. Zwei Andere wurden am Kopf verwundet. Es scheint, daß dieß Unglück durch Fahrlässigkeit der mit der Arbeit betrauten Soldaten entstanden ist, und man vermuthet, daß zu wenig Oel in den Zünder geschüttet, der Pulversatz also nicht

ausgelöst worden ist. Durch die Friction beim Herausnehmen entstand dann das Springen der Hohlkugel. (Tr. 3.)

— Sr. Erz. der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling hat in einem am 4. d. M. in Graz eingelangten Schreiben an Se. Magnifizenz den Herrn Rektor der Universität, Prof. Dr. F. Weiß, die Geneigtheit ausgesprochen, persönlich an der Installationsfeierlichkeit der medizinischen Fakultät in Graz theilzunehmen. Unter dem Ausdruche des großen Vergnügens, welches diese Theilnahme Sr. Erz. gewähren würde, und des Wunsches, daß er hieran durch seine vielseitigen Geschäfte nicht verhindert werde, bezeichnete er den 14. oder 25. d. M. als einen entsprechenden Tag der erwähnten Feierlichkeit und seines zugesicherten Erscheines. — Der Rektor der Universität hat über die eben so auszeichnende als freundliche Zuschrift Sr. Erz., wie verlautet, Samstag den 14. November als den Tag der abzuhaltenden Feierlichkeit festgesetzt und die bezügliche Anzeige an den Herrn Staatsminister erstattet.

— Wie wir hören, soll in Graz eine Prüfungskommission für Kandidaten des Gymnasiallehreramtes freiert werden.

— Sr. Erz. Herr Graf Auersperg, Mitglied des Herrenhauses, beabsichtigt, an der Ecke der Brandhof- und Elisabethstraße in Graz für seine Familie ein Haus zu erbauen, welches, wie es der bewährte Geschmack des Poeten Anastasius Grün gewärtigen läßt, gewiß eine architektonische Zierde der Elisabethstraße werden wird.

Wien, 4. November.

Graf Wickenburg hat am Montag zum letzten Mal das Bureau besucht und die einstweilige Leitung des Ministeriums dem Sektionschef Freiherrn v. Kalchberg übergeben. Die Mehrzahl der Minister und Chefs der Zentralstellen hat bereits schriftlich von dem Scheidenden Abschied genommen; ein Schreiben des Erzherzogs Rainer drückt ihm den Dank für „die erleuchtete Theilnahme an den Verathungen des Ministerathes“ so wie das Bedauern Sr. k. Hoheit aus, daß die „geschwächte Gesundheit des Grafen den dienstlichen Beziehungen zu Höchstselben ein Ziel gesetzt hat.“ Minister v. Lasser machte dem Herrn Grafen die Mittheilung, daß er von Sr. Majestät ermächtigt sei, das Ersuchen an ihn zu stellen, „seine eben so eifrige als erfolgreiche Wirksamkeit in Angelegenheit der hiesigen Stadterweiterung noch ferner fortzusetzen.“ — Ein feierlicher Abschied von Seite der Beamten des Handelsministeriums ist auf Wunsch Sr. Erzellenz unterblieben.

Nach einer Mittheilung der „D. D. P.“ soll Fürst Karl Auersperg zum Oberlandmarschall von Böhmen designirt sein. Dagegen meldet die „Prager Mypst.“: Wir vernehmen aus guter Quelle, daß zum Oberlandmarschall des Königreichs Böhmen der böhm. Landtagsabgeordnete Graf Rothkirch designirt sei und daß Herr J. A. Dr. Wanka Oberlandmarschalls-Stellvertreter bleiben werde.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der „Laibacher Zeitung.“

Wien, 6. Nov. Die französische Thronrede eröffnet bezüglich Mexiko's und Cochinchina's die Perspektive auf die Zukunft. Die polnische Insurrektion wird für legitim und national, die Verträge von 1815 für nicht mehr existierend erklärt. Ein Kongress wird vorgeschlagen, der zum Frieden führen könne; eine Ablehnung desselben werde den Krieg zur Folge haben.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrathes wurde die Generaldebatte in der ungarischen Nothstands-Angelegenheit geschlossen.

Lemberg, 4. November. Die angeblich in der Stärke von 600 Mann zu Fuß und 230 Berittenen am 1. nach Bolyhynien übergetretene Schaar hat, von den Russen zurückgedrängt, im Zolkiewer Kreise am 3. die Waffen gestreckt. 400 Mann, über 100 Pferde, Waffen und Munition wurden übernommen.

Brüssel, 3. November. (Nachts.) Der König trifft vor Ende dieser Woche hier ein, eröffnet am 10. die Kammern und wird sodann eine Revue über die Bürgergarde und Garnison abhalten. Der Gesundheitszustand Sr. Majestät ist vortrefflich.

Theater.

Heute, Freitag: Geschlossen.

Morgen, Samstag: „Daphnis und Chloë.“ Operette, in 1 Akt, von Offenbach. „Ein glücklicher Familienvater.“ Lustspiel, in 3 Akten, von Körner.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 4. November (Fr. 3tg. Abm. Mittags 1 1/2 Uhr.) Bei besserer Stimmung zeigte sich vorzugsweise für National-Anlehen, 1839er und 1860er Lose, einig Specie um einige Zehntel billiger zu haben waren Nur Silber bei fehlender Waare noch immer unverhältnismäßig hoch bezahlt. Geld im Leihgeschäfte flüssiger als im Gesompte.

Öffentliche Schuld.		Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	
In österr. Währung . zu 5%	71.30	71.40	71.40	71.40	71.40	Galiz. mit Einzahlung.	199.50	200	200	Salz	35.25	35.75	35.75
5% Anlehen v. 1861 mit Rückz.	96.75	97.	97.	97.	97.	Galiz. mit Einzahlung.	425.	429	429	Salz	34.	34.50	34.50
ditto ohne Abschritt 1862	95.75	96.	96.	96.	96.	Galiz. mit Einzahlung.	238.	240	240	Salz	33.50	34.	34.
National-Anlehen mit						Galiz. mit Einzahlung.	395.	398	398	Salz	22.	22.50	22.50
Jänner-Coupon . . . 5%	81.40	81.50	81.50	81.50	81.50	Galiz. mit Einzahlung.	394.	398	398	Salz	20.25	20.75	20.75
National-Anlehen mit						Galiz. mit Einzahlung.	156.	156.50	156.50	Salz	15.	15.25	15.25
April-Coupon . . . 5%	81.45	81.55	81.55	81.55	81.55	Galiz. mit Einzahlung.	17.	17.	17.	Salz			
Metalliques . . . 5%	75.20	75.30	75.30	75.30	75.30	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
ditto mit Nat.-Comp. . . 5%	75.30	75.40	75.40	75.40	75.40	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
ditto . . . 4%	67.30	67.50	67.50	67.50	67.50	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
mit Verlosung v. Jahre 1839	158.50	158.50	158.50	158.50	158.50	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
1854 . . . 93.	93.	93.50	93.50	93.50	93.50	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
1860 zu						Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
500 fl. . . 97.	97.	97.10	97.10	97.10	97.10	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
zu 100 fl. . . 97.40	97.40	97.60	97.60	97.60	97.60	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
Geme. Rentenb. zu 42 L. austr.	17.50	17.75	17.75	17.75	17.75	Galiz. mit Einzahlung.				Salz			
B. der Kronländer (für 100 fl.)		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	
Grundentlastungs-Obligationen.		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	
Nieder-Oesterreich . . zu 5%		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	
		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	
		Ob. u. Def. und Salz.		zu 5%		Galiz. Karl-Ludw. Bahn		zu 200 fl.		Salz		zu 40 fl. d. W.	

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 5. November 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 75 1/2	Silber 113.
5% Nat.-Anl. 81 1/2	London 113.
Bankaktion . . . 791	R. f. Dufaten . . . 5 48
Kreditaktien . . . 185 30	1860er Lose . . . 97 10

Abgang der Mailpost von Laibach:

nach Villach; durch Obertraun, Oberkärnten, bis Villach, dann Bräun, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland — täglich um 4 Uhr Nachmittags.
„ Klagenfurt über Krainburg, Neumarkt zc. — täglich früh 3 1/2 Uhr.
„ Neustadt, Eisenberg, Rastenburg, Mödling und Tschernembl — täglich Abends 6 Uhr.
„ Cilli, Carriolpost, über Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter — täglich früh 5 Uhr.
„ Gottschee, Botenpost, über Großschütz, Reifnitz zc. — täglich früh 5 Uhr.
„ Stein, Botenpost, über Mannsburg zc. — täglich Nachmittags 3 Uhr.

Ankunft der Mailpost in Laibach:

von Villach; von allen Postämtern bis Villach, bis Bräun, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland, Obertraun, Oberkärnten, — täglich früh 7 1/2 — 8 Uhr.
„ Klagenfurt, Neumarkt, Krainburg zc. — täglich Abends 9 Uhr 30 Min.
von Neustadt, Eisenberg, Rastenburg, Mödling und Tschernembl — täglich früh 6 Uhr.
„ Cilli (Carriolpost), Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter zc. — täglich Nachm. halb 3 Uhr.
„ Gottschee, Botenpost, Großschütz, Reifnitz zc. — täglich Nachm. 3 1/4 Uhr.
„ Stein (Botenpost), Mannsburg — täglich früh 7 Uhr.

Anmerkung. Die Briefpost ist von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends offen. Zwischen 7 und 8 Uhr werden die Zeitungen rückwärts abgegeben. — Die Fahrpost ist von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Abends geöffnet. Bei der Mailfahrt nach Villach werden unbeschränkt, bei jener nach Klagenfurt 11 u. nach Neustadt 7 Reisende aufgenommen. Freigepäck 30 Pf. 100 fl. werth. — Kellamen jeder Art wollen mündlich oder schriftlich bei der Amtsvorstellung angegeben werden. Bei Verspätungen der Posten und der Züge erfolgt die Ausgabe um so viel später.

Fremden-Anzeige.

Den 4. November 1863.
Hr. Poffe, Kaufmann, von Berlin. — Die Herren: Jermoney, — Dietrich, — Wier, und — Kronz, Kaufleute, von Wien — Hr. Bosadoni, Handelsmann, von Triest. — Hr. Sturm, Handelsmann, von Triest. — Hr. Schleicher, von Gressen. — Hr. Lewicki, k. k. Bezirksvorsteher, Gattin, von Kronau.

3. 515. a (3) Nr. 2458.
Mit der Erinnerung, daß die Pferde-Ansuhre nach Fremd-Italien gestattet ist, wird der plus offerenti-Verkauf einer größeren Anzahl überzähliger

k. k. Dienstpferde zu Laibach
am Jah.marktplatz Samstag den 7ten, dann den 9ten und 10ten November d. J., jedesmal von 9 Uhr Vormittags an, veräußert.
Vom k. k. Fuhrweiser-Standes-Depot Laibach am 2. November 1863.

3. 2235.

Öffentliche Einladung

zur theatralischen Abendunterhaltung am Sonntage, 8. d. M. bei welcher die Mitglieder des k. k. Gesellenvereins im Saale des Deutsch-Ordenshauses nebst Gesang und Vortrag zweier slovenischen Gedichte: „Klic po domovini“ und „Komu bom vstregil“ die dramatischen Stücke: „Josef Sanderich, oder die österreichische Soldatentreue“ als Vorspiel, und „der Bürgerfün“ als Beispiel zur Aufführung bringen werden.
Näheres zu erfahren aus dem Programme, welche bei der Kassa zu bekommen sein werden.
Anfang um 5 Uhr. Entree 30 fr. öst. W.
Im Namen des Vereins:
Dr. Vončina,
Vereinsvorsteher.

3. 2234. (1) Dankagung.

Ich finde mich veranlaßt, dem praktischen Arzte, Herrn **Paul Warau** zu St. Kanizian in Krain, welcher mich von einem langwierigen Leber- und Magenleiden nach der homöopathischen Heilmethode in kurzer Zeit radikal geheilt hat, nachdem ich an diesem Uebel von andern Aerzten ohne Erfolg behandelt wurde, für die Wiederherstellung meiner Gesundheit und vielfach bewiesene Bereitwilligkeit hiemit öffentlich meinen schuldigen Dank auszudrücken.
Möge dieser ausgezeichnete homöopathische Arzt, welcher in der hiesigen Gegend in verdientem Rufe und allgemeiner Achtung steht, noch recht lange zum Wohle der leidenden Menschheit wirken und auf von Haß und Mißgunst eingegebene Expectorationen, wie solche ein Herr K. S. aus Nam in einem Artikel der „Grazzer Tagespost“ Nr. 208 aus einem Verstecke der Anonymität gegen Herrn Warau losläßt, mit Mitleid und gebührender Geringschätzung herabsehen, eingedenk des Spruches,
Wenn Dich des Heides Lasterzunge sticht,
So lasse Dir zum Troste sagen:
Die schlechten Früchte sind es eben nicht,
An denen stets die Wespen nagen.
Lichtenwald, 3. November 1863.
Ludwig Spies,
Ingenieur der Südbahn.

3. 2222. (1) A. K. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Beschränkung der Personen-Eilsfahrten zwischen Wien und Triest.

Vom 16. November d. J. an werden bis auf Weiteres zwischen Wien und Triest wöchentlich nur zwei Eilzüge in jeder Richtung, und zwar **Mittwoch und Samstag** von Wien nach Triest und **Montag und Donnerstag** von Triest nach Wien nach der bisherigen Fahrordnung verkehren zu welchem auch wie bisher nur Fahrkarten 1. Klasse ausgegeben werden.
Die Anschlüsse in Nabresina an die italienischen Züge bleiben dieselben wie bisher.
Wien am 1. November 1863.
Die Direktion.

3. 2241. (1) Kirchenwein-Lizitation

zu St. Peter in Marburg.
Am 11. November, am Martini-Tage, werden 27. Elarim süße neue Weine sammt Holzgebunden, bei den Kirchenkellern zu Zellestein und Krönitz lizitando verkauft werden.
Markus Glaser,
G. Dembner und Piarer

3. 2107. (2)

Als einen erprobten Rathgeber in den mannigfachsten Verhältnissen empfehlen wir das bekannte Hilfsbuch, mit dem Titel:
Schmidter's Wiener Briefsteller.
Der selten billige Preis — nur fl. 1. — für 480 Seiten in gr. 8. möge dem Buche in die weitesten Kreise Eingang verschaffen!
N. Pichler's Witwe & Sohn in Wien.
Vorräthig bei G. Lercher, Buchhändler in Laibach.

3. 2214. (2) Einladung.

Nachdem sich die Citavnica einen eigenen Chormeister in der Person des Hrn. Josip Fabian aus dem Prager Konservatorium erworben hat, so ladet der gefertigte Ausschuss alle jene Damen und Herren, welche an dem Gesangsunterrichte des Vereins theilnehmen wollen, ein, sich hiezu an den unten bestimmten Tagen im Vereinslokale einzufinden. Der Unterricht in der Gesangsschule, an welchen auch Nichtmitglieder, wenn sie die Aufnahme in die Gesangsschule beim Vereinsausschusse erhalten und nach vollendeter Schule im Chore mitzuwirken sich verpflichtet haben, theilnehmen können, findet unentgeltlich statt, und zwar am Montag und Donnerstag für Damen, Mittwoch und Samstag für Herren, jedesmal um 1/2 8 Uhr Abends. Am Dinstage und Freitage sind Chorproben.
Vom Ausschusse der Citavnica in Laibach den 1. November 1863.

3. 2233. Verkaufs-Offert.

Ein neugebautes hochhohes Doppelhaus mit Einfahrtsthor, Hofraum und Brunnen, auf der obern St. Petersvorstadt, im Zinsentrage von 500 fl wird um 7000 fl., gegen billige Zahlungsbedingungen zum Verkaufe anempfohlen, durch **J. A. Schuller's** Vermittlungs-Bureau zu Laibach.

3. 2187. (3) Nr. 15040. G d i k t.

Von dem k. k. städt. deleg. Bezirksgerichte Laibach wird hiemit bekannt gemacht, daß am 11. November d. J. Vormittags 9 Uhr und für den Fall, als an diesem Tage nicht alle Gegenstände an Mann gebracht werden sollten, am 25. November Vormittags 9 Uhr in der hiesigen Gerichtskanzlei mehrere Gold- und Silbergegenstände, Ess- und Kaffeelöffel, Messer und Gabeln, Kannen, Körbchen, Leuchter, Braceleten, goldene Ketten, Perlschnüre, Broschen, Brustnadeln, Ohr- und andere Ringe, jedoch nur um oder über den Schätzwert dem Meistbietenden gegen gleich bare Bezahlung hintangegeben werden.
Laibach am 16. Oktober 1863.